

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



Die BSH-Belegschaft in Berlin Spandau kämpft um ihre Arbeitsplätze

Neue Wege im Arbeitskampf



Kundgebung am 24. August 2006 vor der Siemens-Zentrale in Berlin-Spandau

Neue Wege im Arbeitskampf

Am 25. September 2006 begann der offizielle Arbeitskampf der IG Metall beim Bosch-Siemens-Hausgerätekonzern (BSH) in Berlin-Spandau. Die Belegschaft konnte anknüpfen an die Auseinandersetzungen des vorhergegangenen Jahres. Im Sommer 2005 war es ihr schon einmal gelungen, den Schließungsbeschluss für die Waschmaschinenproduktion zurück zu schlagen. Wichtig waren auch die Erfahrungen aus dem Streik der Belegschaft von Orenstein & Koppel (O&K). Diese hatte sich von Februar bis Juni 2006 mit einem 107-tägigen Ausstand gegen die Schließung des Spandauer Standortes gestemmt.

Formell glich der Streik bei BSH den zahlreichen Arbeitskämpfen der letzten Jahre gegen beabsichtigte Werksschließungen. Die Forderung nach einem Sozialtarifvertrag (siehe Anhang 1, Seite 7) bildete den Rahmen, in dem die IG Metall offiziell einen Ausstand organisieren und Streikunterstützung zahlen darf.

Betriebsversammlung und Torbesetzung

Eine insgesamt drei Wochen währende Betriebsversammlung ging dem Arbeitskampf voraus. Auf die Betriebsversammlung platzte die Nachricht: Die Geschäftsleitung versucht Geräte und Produktionsmittel vom Werksgelände schaffen zu lassen. Die Belegschaft reagierte prompt. Die Werkstore wurden besetzt. Alle Autos, auch die PKWs der leitenden Angestellten wurden kontrolliert. Selbst der Werkleiter mußte seinen Kofferraum beim Verlassen des Betriebes öffnen. Zeitweise mussten die »hohen Herren« ihre Limousinen außerhalb des Betriebes abstellen und den Gang in ihre Büros zu Fuß antreten. Die Kolleginnen und Kollegen, die im Arbeitsalltag von den Vorgesetzten kontrolliert und drangsalieren werden, hatten für einige Wochen den Spieß umgedreht. Mit dem durch diese Aktion gestiegenem Selbstbewußtsein konnten die BSH'ler in den offiziellen Arbeitskampf der IGM gehen.

Auf der Betriebsversammlung wurden auch die Grundlagen für den Ausstand gelegt und der »Marsch der Solidarität« diskutiert und beschlossen. Er bildete den Mittelpunkt des Streikgeschehens. Für 14 Tage machten sich 50 Kolleginnen und Kollegen auf den Weg quer durch die gesamte Republik. Sie besuchten neben anderen BSH-Standorten weitere Werke der »Weißen Ware«, aber auch BenQ in Kamp-Lintfort.

Zu den Höhepunkten des Marsches führen jeweils mehrer hundert Belegschaftsmitglieder, u.a. nach Leipzig, Nürnberg und Kamp-Lintfort.

Mit ihrem »Marsch der Solidarität« ging die BSH-Belegschaft über die bisher praktizierte Form der Gegenwehr hinaus. Es gelang ihr, den Schließungsbeschluss der BSH-Geschäftsführung ein zweites Mal zurückzuweisen – ein Erfolg, der den Beschäftigten u.a. bei AEG in Nürnberg oder bei O&K in Berlin-Spandau versagt blieb. Doch der Preis für den Teilerhalt des Berliner Werkes war vielen zu hoch. Die Streikenden lehnten mit zwei Drittel Mehrheit den ausgehandelten Kompromiss ab. Wir werden wegen der politischen Bedeutung nach der politischen Einschätzung des Arbeitskampfes und seines Ergebnisses in einer Chronik auf Ablauf und Einzelheiten der Auseinandersetzung eingehen.

Der Arbeitskampf um einen Sozialtarifvertrag bei BSH wird zur politischen Auseinandersetzung

Mit dem »Marsch der Solidarität« hat die Belegschaft dem Arbeitskampf eine politische Ausrichtung gegeben. Neu waren vor allem:

1. Der massenhafte Besuch anderer BSH-Standorte aber auch von Betriebsstätten anderer Konzerne. Damit haben die Streikenden den direkten Schulterchluss mit anderen Belegschaften gesucht. Nachdem der Vorschlag eines Marsches auf die große Zustimmung in der Belegschaft gestoßen war und auch die verbale Zustimmung z.B. des Regierenden Bürgermeisters gefunden hatte, musste der Apparat der IG Metall – größtenteils widerwillig – den »Marsch der Solidarität« dulden und organisatorisch begleiten.

INHALT

Der Sozialtarifvertrag – gewerkschaftliches Kampfmittel gegen Schließungen? . . .	7
Der »Pforzheimer Kompromiss« – Abwärtsspirale ohne Haltelinie	7
Marktführer BSH	8
Chronik des Arbeitskampfes bei BSH	10
Hamburg: Veranstaltung zu NSH	15
Orenstein & Koppel macht dicht	16

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14–16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Zieglhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Grindelallee / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahnenfelder Str.: Zeiselladen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Leipzig:** »Liebknecht-Haus«, Braustraße 15 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des
 Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:
 »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

Auf Unbehagen stieß er beim IGM-Vorstand in Frankfurt, in verschiedenen Verwaltungsstellen sowie bei etlichen Betriebsräten nicht nur innerhalb des Siemenskonzerns.

2. Auf ihrem Marsch forderten die BSH'ler nicht nur den Erhalt des eigenen Standortes. Im Vordergrund stand die Verallgemeinerung in Form von drei politischen Forderungen: Ein politisches Streikrecht, mehr Kontroll- und Mitbestimmungsrechte über Investitionen sowie ein Verbot von Entlassungen, wenn Betriebe schwarze Zahlen schreiben. Betont wurde auf den Streikversammlungen immer wieder das politische Ziel des Marsches: »Wir werden eine soziale Bewegung ins Leben rufen« (Betriebsratsvorsitzender Güngör Dermirci), »wir werden die Verhältnisse zum Tanzen bringen« (IGM-Streikleiter Luis Sergio). Die 50 Mitglieder der Reisegruppe wie auch die Belegschaft haben diese politische Zielsetzung geteilt und wollten ihren Beitrag dazu leisten.

Die Vorgänge innerhalb des Siemens-Konzerns verschafften dem »Marsch der Solidarität« eine relativ breite öffentliche Resonanz. Auf den Beschluss zu einer 30-prozentigen Gehaltserhöhung für den Siemens-Vorstand folgte die BenQ-Pleite und sorgte für landesweite Empörung. Es waren nicht mehr nur ausländische Fonds und Konzerne, die als »Heuschrecken« über die Arbeitsplätze herfielen. Die Praktiken deutscher Traditionsunternehmen wie der Telekom, der Deutschen Bank, der Allianz-Versicherung und vor allem des Siemens-Konzerns gerieten in die Schlagzeilen. Der Konzernvorstand von Siemens stand am »Pranger«.

In dieser Situation wurde der Versuch der BSH-Belegschaft, den Kampf um ihre Arbeitsplätze mit der weit verbreiteten sozialen Unzufriedenheit zu verbinden, zu einer politischen Gefahr für das Unternehmerlager. Die Auseinandersetzung musste möglichst rasch beendet werden. Denn spätestens mit dem Besuch von AEG/Electrolux am 11. Okto-

ber in Nürnberg und von BenQ in Kamp-Lintfort einen Tag später wurde deutlich: Das Auftreten der BSH-Beschäftigten stieß auf Zustimmung in anderen Belegschaften. Egal ob dies bis zur geplanten Kundgebung in München zu einer massenhaften Beteiligung geführt hätte oder nicht, es bestand die Möglichkeit, dass der »Marsch der Solidarität« zu einem Beispiel bzw. Vorbild für andere wird. Der BSH- und der Siemensvorstand fürchteten das öffentliche Bild und die Resonanz, wenn Vertreter aus verschiedenen Betrieben gemeinsam vor der BSH-Zentrale für den Erhalt der Waschmaschinenproduktion in Spandau demonstriert hätten.

Siemens und IG Metall-Vorstand drängen auf eine Beendigung des Streiks

Nicht nur der Siemenskonzern, das Unternehmerlager insgesamt, drängte deshalb aus politischen Gründen auf einen möglichst raschen Abschluss. Kapital und Regierung fürchteten die Politisierung und Ausweitung betrieblicher und sozialer Auseinandersetzungen über die unmittelbar Betroffenen hinaus. Sie wollen den möglichen Widerstand Betroffener isoliert halten. Die Beendigung des Arbeitskampfes wurde deshalb auf höchster Ebene gegen Ende der dritten Streikwoche eingefädelt. »Den Durchbruch für eine Einigung hätten die Verhandlungen von Arbeitgeberverband und IG Metall auf Vorstandsebene gebracht, sagte der BSH-Geschäftsführer.« (FAZ vom 19.10.2006)

Zur Vorbedingung eines Abschlusses machte die Konzernspitze eine Absage der für den 19. Oktober geplanten Abschluss-Kundgebung vor der BSH-Zentrale in München. Das politische Symbol sollte vom Tisch. Deshalb einerseits das Zugeständnis, die Schließungspläne noch einmal aufzuschieben, auf der anderen Seite die Drohung mit dem endgültigen Abbruch der Verhandlungen und der Komplettschließung der Waschmaschinenproduktion, sollten die Bedingungen von der IG Metall nicht akzeptiert werden.

Von der Belegschaft »in die Pflicht genommen«: der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit auf der Betriebsversammlung. Politikerbesuche waren wichtig, nicht weil die Belegschaft ihnen großes Vertrauen entgegenbrachte, sondern um die Medien-Isolation zu überwinden und Aufmerksamkeit zu erzeugen. Nachdem Wowereit seine Unterstützung für den »Marsch der Solidarität« erklären musste, konnte sich die IG Metall-Führung dem Willen der Belegschaft nicht entziehen.





Auch die Familienangehörigen der Beschäftigten beteiligen sich an der Kontrolle der Werkstore. PKWs blockieren die Zufahrten.

Die Beendigung des Ausstandes lag allerdings auch im Interesse der IG Metall-Führung. Kurz vor der Abschlusskundgebung in München sagten Peters, Huber und der Bayerische DGB-Vorsitzende als geplante Redner ab. Die Aktivitäten der BSH-Belegschaft schienen auch dem IGM-Vorstand in Frankfurt politisch nicht mehr kontrollierbar. Das selbstständige Auftreten vor und mit anderen Belegschaften widerspricht der gewerkschaftlichen Strategie, soziale Konflikte zu begrenzen und in den Rahmen sozialpartnerschaftlicher Tarifpolitik einzubinden. Die Gewerkschaftsvorstände und -apparate wollen einem sich abzeichnenden Grundsatzkonflikt, einer Auseinandersetzung mit Kapital und Regierung aus dem Wege gehen.

Mit den Mitteln und Methoden der gewerkschaftlichen Tarifpolitik aber lassen sich **Arbeitsbedingungen und Löhne** nicht mehr erfolgreich verteidigen. Für den Kampf um den **Erhalt von Arbeitsplätzen** sind sie völlig ungeeignet. Der Verzicht auf eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung führt zwangsläufig zur Hinnahme weiterer Kürzungen bei Löhnen und sozialen Leistungen. Dies belegen die zahlreichen betrieblichen Abschlüsse nach dem »Pforzheimer Kompromiss«. Für eine zeitlich begrenzte Arbeitsplatzgarantie wurden in hunderten von Betrieben die Regelungen des Flächentarifvertrages aufgehoben und unterschritten – mit Billigung und Unterschrift durch die IG Metall.

Nachdem auf höchster Ebene die Weichen für eine Beendigung des Arbeitskampfes gestellt waren, begannen am 17. Oktober die konkreten Verhandlungen der zuständigen Gremien, die noch in der Nacht beendet wurden. Dabei standen die Mitglieder der Tarifkommission unter einem ungeheuren Druck. Entweder ihr akzeptiert das ausgehandelte Ergebnis noch in dieser Nacht und verzichtet auf die geplante Abschlusskundgebung in München, oder wir brechen sämtliche Verhandlungen ab und ziehen den Schließungsbeschluss konsequent durch, so die Drohung der Konzernleitung. Die Zusage für den Erhalt von 400 Arbeitsplätzen bis zum Jahre 2010 wäre damit endgültig vom Tisch. Es würde auch keinen Sozialtarifvertrag geben, sondern einen nach dem Betriebsverfassungsgesetz vorgesehenen und über die Einigungsstelle durchgesetzten Interessenausgleich und Sozialplan.

Olivier Höbel, Bezirksvorsitzender der IGM Berlin-Brandenburg-Sachsen und Verhandlungsführer der Tarifkommission drängte auf eine Annahme des Angebots. Die Tarifkommission stimmte dem Kompromiss nach heftiger und kontroverser Diskussion mit neun zu sechs Stimmen zu.

Das Ergebnis:

Erhalt des Standortes für drei Jahre ...

Den Preis, den BSH-Geschäftsführung für die Beendigung des Streiks bezahlen musste, war die abermalige Aussetzung des Schließungsbeschlusses. Ein Erfolg, der ohne das politische Auftreten der Belegschaft nicht möglich gewesen wäre. Für 400 Beschäftigte wurden bis 2010 betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Auch die Abfindungs- und Vorruhestandsregelungen hätte es in dieser Höhe ohne Ausstand nicht gegeben. Im Rahmen eines Streiks für einen Sozialtarifvertrag ist es **erstmalig gelungen, den Schließungsbeschluss einer Konzernleitung zu kippen**. Ein Erfolg, den kaum ein Beteiligter zu Beginn der Auseinandersetzung für möglich gehalten hatte; endeten doch die bisherigen Auseinandersetzungen, u.a. bei Elektrolux/AEG in Nürnberg oder bei O&K in Berlin, trotz wochenlanger Streiks nur mit verbesserten »Sozialplänen«.

Was zu Beginn der Auseinandersetzung wohl die Zustimmung der Belegschaft gefunden hätte, stieß nach der 13-tägigen Betriebsversammlung und nach drei Wochen Streik auf entschiedene Ablehnung. Die Kolleginnen und Kollegen, die im normalen Alltag Objekte unternehmerischer Entscheidung sind, wurden zum kollektiv handelnden Subjekt. Die praktischen Erfahrungen im Ausstand und während des Solidaritätsmarsches waren ein komprimierter gewerkschaftlicher und politischer Lernprozess. Die Belegschaft hat innerhalb kurzer Zeit die IG Metall politisch überholt und hinter sich gelassen. »Zu Beginn des Solidaritätsmarsches führen wir wie eine Schulklasse los. Im Laufe der zwei Wochen wuchsen wir immer enger zusammen. Nachdem wir feststellen mussten, dass das offizielle IG Metall-Material kaum Anklang fand, begannen wir selbst Transparente zu malen sowie Flugblätter und Reden zu schreiben. Wir traten immer eigenständiger auf.« Aus vielen Schilderungen von Teilnehmern aus der Reisegruppe wird der Lernprozess besonders deutlich.

... bei Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung

Das im Laufe des Arbeitskampfes entstandene Selbstbewusstsein bekamen auch die IGM-Vertreter zu spüren, die der Belegschaft die abgeschlossene Vereinbarung als Erfolg verkaufen wollten. Die Gegenleistung für den dreijährigen Aufschub der Betriebschließung ist hoch. Neben 216 Kolleginnen und Kollegen, die entlassen werden, zahlen die

weiter Beschäftigten mit Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung. Auf insgesamt 8,5 Millionen Euro jährlich sollen sie verzichten, u.a. auf Überstunden- und Schichtzuschläge und auf Bestandteile von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Im Bereich Planung und Entwicklung wird die Arbeitszeit von 35 auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich erhöht.

Die bei BSH erzielte Vereinbarung deckt sich mit den Regelungen wie sie nach dem »Pforzheimer Kompromiss« ohne Kampf und Streik in zahlreichen Betrieben zwischen IG Metall und den Unternehmensleitungen abgeschlossen wurden. Das Muster, dem die Konzern- und Unternehmensleitungen dabei folgen, ist überall das gleiche. Sie nutzen die weit verbreitete Angst vor der drohenden Arbeitslosigkeit. Mit dem Angebot einer zeitlich begrenzten Beschäftigungsgarantie für einen Teil bzw. die verbliebene Belegschaft kauft sie den Beschäftigten, ihren Betriebsräten und der IG Metall den Verzicht auf Bestandteile des Flächentarifvertrages ab. Eine Grenze nach unten gibt es dabei nicht (siehe Kasten), wenn nicht die Belegschaften mit eigenen Aktionen dem entgegen-treten.

Rebellion und Abstimmung gegen die IG Metall

Als am Morgen des 18. Oktober das Ergebnis unter den Streikenden bekannt wurde, brach ein Sturm der Entrüstung los. Die Belegschaft fühlte sich zu Recht hintergangen und überrumpelt. Was vor der Abstimmung in der Tarifkommission und der Unterschrift unter die Vereinbarung auf der Streikvollversammlung hätte diskutiert werden müssen, wurde nun nachgeholt. Aber es waren vollendete Tatsachen geschaffen worden. Die Reisegruppe war in der Nacht nach Berlin zurückbeordert worden; die Kundgebung in München damit faktisch beerdigt. Das rief neben dem Lohnverzicht für die Belegschaft und den 216 vereinbarten Entlassungen die heftigste Kritik hervor. Die Kolleginnen und Kollegen fühlten sich um den politischen Höhepunkt ihres Kampfes betrogen. Es hatte bereits Diskussionen und Planungen für eine Verschärfung des Arbeitskampfes gegeben, sollte der Vorstand nach der Kundgebung vor seiner Zentrale in München nicht zum Nachgeben bereit sein.

Der betriebliche Streikleiter und Sekretär der Ortsverwaltung rechtfertigte die Beendigung des Arbeitskampfes vor der Kundgebung. München wäre nicht das Ziel sondern nur Mittel um zu einem Abschluss zu gelangen. Darüber hätte man im Streikzelt nicht offen reden können, da die Gegenseite dort immer ihre Informanten gehabt hätte und die IGM die Drohgebärde bis zum letzten Augenblick aufrechterhalten musste, so Luis Sergio. Für die zuständigen Gremien und Funktionäre der IG Metall war die Belegschaft eine Schachfigur im Tarifpoker. Sie wurde nicht mehr gebraucht, nachdem die IGM-Instanzen ihre tariflichen Ziele erfüllt sahen.

Der BR-Vorsitzende Güngör Dermirci – er hatte in der Tarifkommission für die Annahme gestimmt – erklärte angesichts der Stimmung, er würde seine Haltung korrigieren und mit »seiner Mannschaft« die Auseinandersetzung fortsetzen. Damit hatte er indirekt zu einem Nein bei der kommenden Abstimmung aufgerufen.

Die Vorschläge, nun auf eigenen Faust, ohne die IG Metall, nach München zu fahren setzten sich eben so wenig durch, wie die Forderung nach einer sofortigen und offenen Abstim-

Aus dem Flugblatt, das die Kolleginnen und Kollegen von BSH auf ihrem Marsch verteilten.

Allein machen sie Dich ein!

Auch an anderen Siemens- und BSH-Standorten sind Arbeitsplätze in Gefahr. Nur zwei von vielen Beispielen:

- Für Schlagzeilen sorgt zurzeit die ehemalige Handysparte von Siemens. Vor drei Jahren wurde die Belegschaft – unter dem drohenden Verlust ihrer Arbeitsplätze – zu einschneidenden Lohnzugeständnissen genötigt. Vor einem Jahr hat Siemens den Betrieb und mehrere hundert Millionen Euro an den taiwanesischen Hersteller BenQ verschenkt. Jetzt hat BenQ Konkurs angemeldet. 3.000 Beschäftigte in Deutschland stehen vor dem Nichts. „Es sieht alles nach einem abgekarteten Spiel aus. Siemens entledigt sich der Belegschaft, das Know-how wandert nach Taiwan, am Ende sind die Beschäftigten die Dummen.“ (Oliver Burkhard, Abteilungsleiter Tarifpolitik der IGM)
- Bei BSH in Nauen – auch dort werden Waschmaschinen produziert –

sank die Zahl der Beschäftigten von 780 (im Jahre 2000) auf nur noch 330. Durch die Verlagerung der Waschmaschinenproduktion nach Nauen sollen dort 50 neue Arbeitsplätze entstehen – ein Bruchteil der Jobs, die in Spandau vernichtet würden. Trotzdem erhält BSH für Investitionen in Nauen 5 Millionen Euro öffentlichen Fördermittel. Andere europäische Waschmaschinenwerke können noch kostengünstiger als Nauen produzieren. Das gilt für den polnischen Standort Lodz und das türkische Cerkezköy. Weltweit ist das Waschmaschinenwerk im chinesischen Wuxi in Sachen Billiglohn allerdings nicht zu schlagen.

- Die verschiedenen Standorte werden in eine gnadenlose Konkurrenz getrieben. Wir wollen uns nicht länger gegeneinander ausspielen lassen. Eine Belegschaft allein kann internationale Konzerne wie Siemens und Bosch nicht zur Aufgabe ihrer Pläne zwingen. Wir sind auf Eure Unterstützung und Solidarität angewiesen.



Streik ist Menschenrecht

Wir sind nur ein Glied in der langen Kette von Verlagerungen und Schliessungen: Heidelberger Druckmaschinen in Kiel, Otis-Aufzüge in Stadthagen, Infineon in München, AEG in Nürnberg und zuletzt CNH-Baummaschinen in Berlin.

In allen Fällen haben sich die Belegschaften zur Wehr gesetzt. Sie mussten dabei die Erfahrung machen: In Deutschland können sich die Konzernspitzen verhalten wie die Feudalherren vergangener Jahrhunderte. Kein Gesetz schränkt ihre Vollmachten wirksam ein. Die Politiker bedauern das auf unseren Streikversammlungen, doch geändert hat sich bisher nichts.

Mit unserem Marsch der Solidarität wollen wir darauf aufmerksam machen. Wir brauchen eine soziale Bewegung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich dagegen auflehnt. Wir setzen uns ein:

- Für mehr Mitbestimmungs- und Kontrollrechte über Investitions- und Standortentscheidungen durch unsere Vertreter, durch Betriebsräte und Gewerkschaften.

- Für ein Verbot oder zumindest ein Moratorium bei Massenentlassungen und Werksschließungen, wenn Konzerne schwarze Zahlen schreiben.

„Es ist nicht zu akzeptieren, dass wir auch noch fragen müssen, ob wir unsere Arbeit niederlegen dürfen, wenn sie uns die Gurgel zudrücken.“

Klaus Ernst,
1. Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt auf der BSH-Streikversammlung vom 28. 9. 2006

- Für eine Erweiterung des Streikrechts. Wir müssen uns auch mit Arbeitsniederlegungen gegen Entscheidungen von Unternehmen und Regierungen wehren dürfen. In anderen Ländern Europas ist das ein selbstverständliches Recht der arbeitenden Menschen.

Beteiligt Euch am Marsch der Solidarität!

Nehmt teil an den Kundgebungen!

Kämpfen wir gemeinsam!





mung über das Ergebnis. Es fehlte in der Belegschaft eine gewerkschaftliche und politische Kraft, die die Belegschaft auch ohne die »offizielle IG Metall«, d.h. ohne den gewerkschaftlichen Apparat in die weitere Auseinandersetzung hätte führen können. Das sollte sich auch nach der zweiten Urabstimmung bemerkbar machen.

Die Urabstimmung fand am Nachmittag des 18. und den Vormittag des 19. Oktober statt. Viele Kritiker hofften oder erwarteten, dass die IG Metall nicht die notwendigen 25 Prozent Zustimmung erhalten würden und damit der Arbeitskampf auch offiziell durch die IGM weitergeführt würde. 67 Prozent der Abstimmenden (65 Prozent der Abstimmungsberechtigten) lehnten den ausgehandelten Kompromiss schließlich ab. Als Olivier Höbel im Streikzelt den »gewerkschaftliche Erfolg« rechtfertigen und das Ende des Arbeitskampfes verkünden wollte, wurde er mit Sprechchören und Zwischenrufen unterbrochen. »Hau ab, hau ab!« Bis auf wenige Ausnahmen verließ die Belegschaft das Streikzelt, der 1. Bevollmächtigte der IGM Berlin-Brandenburg-Sachsen musste die Rechtfertigung für das Ergebnis und sein Zustandekommen vor leeren Bänken fortsetzen.

Hüseyin Akyurt, der VKL-Leiter, rief die diskutierenden Kolleginnen und Kollegen anschließend ins Streikzelt zurück. Unter großem Jubel und Sprechchören »wir wollen streiken« verkündete er: »Die Ablehnung des Ergebnisses ist eindeutig. Wir werden die Vereinbarung nicht akzeptieren.« Vorstellungen oder ein Konzept, wie der Arbeitskampf (eventuell durch eine Betriebsbesetzung) fortgesetzt werden könne, existierten nicht. Die Verantwortung, angesichts der Stimmung, die Belegschaft zur sofortigen Weiterführung aufzurufen, konnte und wollte in dieser Situation niemand übernehmen. Der BR-Vorsitzende rief stattdessen die IG Metall auf, sofortige Nachverhandlungen beim BSH-Vorstand zu verlangen. Er forderte eine Nachbesserung der Abfindungs- und Vorruhestandsregelung sowie eine Weiterbeschäftigungsgarantie für alle Kolleginnen und Kollegen und ließ die Streikversammlung darüber abstimmen.

Mit dem Votum der Belegschaft fuhren der BR-Vorsitzende und der VKL-Leiter zur IGM-Bezirksleitung. Deren Reaktion war, wie zu erwarten, eindeutig. Sie lehnte Nachverhandlungen kategorisch ab und kündigte an, sich zusammen mit dem BSH-Vorstand offen gegen die Belegschaft zu stellen, sollte diese den Ausstand nicht beenden. Den gewerkschaftlichen Vertretern im Betrieb drohte sie mit Konsequenzen, soll-

ten sie sich nicht an die, in der IGM-Satzung vorgesehene, Regelung (25%-Klausel) halten. Für eine eigenständige Fortführung des Kampfes gegen den Widerstand des BSH-Konzerns und des gewerkschaftlichen Apparates fehlten in der Belegschaft und dem gewerkschaftlichen Umfeld in Berlin (noch?) die politischen Voraussetzungen.

Enttäuscht, verbittert und mit Wut auch auf die IG Metall, der sie zu Beginn des Arbeitskampfes ihr Vertrauen geschenkt hatten, nahmen die Kolleginnen und Kollegen in der folgenden Woche die Arbeit wieder auf.

Die politischen Erfahrungen für die weitere Debatte und Arbeit nutzen

Die Betriebsräte und Vertrauensleute bei BSH müssen, neben der aufreibenden Arbeit bei der konkreten Ausgestaltung des Sozialplans, auch ihren Kopf hinhalten für die Politik der Gewerkschaft, die sie nicht zu verantworten haben. Sie versuchen zu verhindern, dass die antigewerkschaftliche Stimmung zu Resignation, Austritten und damit zum Rückzug ins Private führt. Es gilt, die Geschlossenheit der Belegschaft zu erhalten bzw. wieder herzustellen, soll die Auseinandersetzung um den Erhalt der Waschmaschinenproduktion weitergeführt werden. Denn spätestens 2010 steht ein erneuter Schließungsbeschluss an.

Vor uns steht die Aufgabe, die aus den praktischen Erfahrungen gewonnen politischen Positionen und die Kritik am Verhalten der IG Metall unter den Mitgliedern zu verbreiten und die kritischen Kräfte zu sammeln. Der Vorstand in Frankfurt will die Tatsachen und Widersprüche unter den Teppich kehren. Nach Beendigung des Streiks ließ er sich für »metall« einen Artikel zurechtzimmern, in dem die Verhältnisse auf den Kopf gestellt wurden. Nach erfolgreichem Kampf kehren darin ein überglücklicher Betriebsratsvorsitzender und eine zufriedene Belegschaft aufrecht an die Arbeitsplätze zurück. Das Ergebnis der Urabstimmung wird verschwiegen. Zu Recht, denn es ist eine Ohrfeige für die IG Metall und ihren Vorstand. Zum ersten Mal seit Jahren hat die Mehrheit einer Belegschaft es abgelehnt, den tariflichen Vorgaben der IGM zu folgen. Sie wollte nicht akzeptieren, dass der Erhalt von Arbeitsplätzen erkaufte wird, in dem sie einen Teil der Kolleginnen und Kollegen opfern und die Weiterbeschäftigten auf den Flächentarifvertrag verzichten müssen.



Der Sozialtarifvertrag – gewerkschaftliches Kampfmittel gegen Betriebsschließungen?

»Unser Streik um einen Sozialtarifvertrag ist unter den gegebenen Verhältnissen ein unverzichtbares offensives Instrument in der Defensive, weil unsere Defensivposition nur durch einen Nachweis realer gewerkschaftlicher Kampfkraft zu überwinden ist.« (Luis Sergio, Gewerkschaftssekretär und IGM-Streikleiter bei O&K sowie BSH in der Streikdokumentation »Berlin ist O&K«)

Politische Streiks und Streiks gegen unternehmerische Entscheidung sind nach Gesetz und herrschender Rechtsprechung in Deutschland verboten. Die Forderung nach einem Sozialtarifvertrag – bei Heidelberger Druck in Kiel erstmals angewandt – schafft einen legalen Rahmen, in dem die Gewerkschaft auch Streikgeld zahlen darf. Die gewerkschaftliche und finanzielle Unterstützung ist Voraussetzung, damit eine Belegschaft einen langen und harten Arbeitskampf auch durchhalten kann. Der Pferdefuß, das eigentliche Ziel, die Forderung nach Erhalt des Standortes kann nicht Bestandteil eines solchen Tarifvertrages sein. Offiziell verhandelt wird über Abfindungsregelungen, Qualifizierungsmaßnahmen und Übergangsgesellschaften. Ein zweites Handicap, wo Konzerne Standorte schließen oder verlagern wollen, hat ein Ausmaß häufig nur geringe oder keine Auswirkungen. Das ökonomische Druckmittel fehlt. So endeten die Streiks um Sozialtarifverträge – sieht man vom Beispiel BSH ab – mit einer Niederlage. In keinem der Fälle gelang es das ursprüngliche Ziel, den Erhalt der Arbeitsplätze, durchzusetzen.

In der IG Metall ist das Mittel »Sozialtarifvertrag« umstritten. Es gibt maßgebliche Kräfte die dem distanziert oder ablehnend gegenüberstehen; es wäre eigentlich die Aufgabe von Betriebsräten für gute Sozialpläne etc. zu sorgen. Berthold Huber beispielsweise schreibt in der oben zitierten Streikdokumentation: »Sozialtarifverträge sind auch kein Zukunftsmodell. Sie sind ein schwieriger Notwehrakt, der nur in absoluten Ausnahmefällen durchgeführt werden kann. [...] Jetzt ist vor allem die Bundesregierung gefordert, um mit geeigneten Maßnahmen grenzenloser Unternehmer-Willkür Einhalt zu gebieten.« Die Gewerkschaften entstanden aus dem Kampf der arbeitenden Menschen gegen »Unternehmerwillkür«. Wenn sie diese Aufgabe an die Regierungen delegieren, geben sie sich selbst auf.

Anders als bei normalen Tarifrunden werden bei einem Streik gegen Betriebsverlagerungen oder Schließungen zugleich gesellschaftspolitische Fragen aufgeworfen. In die Verfügungsgewalt des Eigentümers soll direkt oder indirekt eingegriffen werden. Dementsprechend unnachgiebig ist die Haltung der Unternehmer; nur durch den entsprechenden politischen Druck lässt sich deren Widerstand überwinden. Diesem politischen Konflikt aber versuchen die Gewerkschaften gerade aus dem Wege zu gehen; so bleibt nur der hilflose Appell Hubers an die Bundesregierung.

Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen um Olivier Höbel setzt auf das Mittel Sozialtarifvertrag. Mit dem »Erfolg« bei BSH hofften sie ihre Position innerhalb der IG Metall in dieser Frage zu stärken. Aber auch sie können und wollen nicht hinnehmen, wenn eine Belegschaft den tarifpo-



Urabstimmung über Arbeitskampfmaßnahmen zur Durchsetzung eines Sozialtarifvertrages bei BSH: 95 Prozent der IGM-Mitglieder waren dafür

litischen Rahmen verlässt und ein Ergebnis ablehnt, das die Bezirksleitung als Tariferfolg wertet. Zumal man mit einer kritischen und eigenständigen Belegschaft keine Freunde gewinnt sondern sich innerhalb des gewerkschaftlichen Apparates nur Gegner schafft. So blieben die Aussagen von Olivier Höbel auf den Streikversammlungen reine Sonntagsreden. »Daraus kann man nur die Schlussfolgerung ziehen, dass wir nicht zu viel sondern zu wenig Mitbestimmung haben. Die Frage der Verfügungsgewalt über Investitionen entscheidet über die Zukunft unserer Arbeitsplätze und des Betriebes.« (BSH-Streikzeitung Nr. 5) Bevor die Belegschaft von BSH unter anderem auch diese Aussage auf der Abschlusskundgebung in München zum öffentlichen Thema machen konnte, wurde sie vom Vorstand in Frankfurt und von der Bezirksleitung »ausgebremst«.

■ ANHANG 2

Der »Pforzheimer Kompromiss« – Abwärtsspirale ohne Haltelinie

Nach Verabschiedung der Agenda 2010 griff Bundeskanzler Schröder eine Initiative der CDU auf. Er drohte den Gewerkschaften mit der Verabschiedung einer Gesetzesvorlage unter dem Schlagwort: »Betriebliche Bündnisse für Arbeit«. Inhalt und Ziel lassen sich kurz zusammenfassen. Den Unternehmensleitungen sollte es ermöglicht werden mit den Betriebsräten Vereinbarungen abzuschließen, die den Flächentarifvertrag unterschreiten selbst wenn die Betriebe an den Tarif gebunden sind.

Gegen den Angriff auf die Tarifautonomie und den Flächentarifvertrag reagierten die Gewerkschaften nicht mit der Mobilisierung ihrer Mitglieder. Sie versuchten der politischen Konfrontation mit der Regierung und dem Parlament aus dem Wege zu gehen und signalisierten Kompromissbereitschaft und Entgegenkommen. Sie würden sich nicht verweigern, wenn es gälte mit betrieblichen Vereinbarungen unterhalb des Flächentarifvertrages Arbeitsplätze zu erhalten. Ergebnis dieses Entgegenkommens war u.a. Anfang 2004 die »Vereinbarung von Pforzheim« zwischen Gesamtmetall und IG Metall. Die Gewerkschaften handelten damals durchaus im Einvernehmen mit zahlreichen Betriebsräten und Belegschaften, die bereit waren für eine begrenzte Arbeitsplatzga-

rantie auf die Einhaltung des Flächentarifes zu verzichten. Die Arbeitgeberverbände erklärten daraufhin, sie hielten nach diesem Abkommen die Gesetzesinitiative für überflüssig. Ihre Mitgliedsfirmen hätten nun die Möglichkeit, ihre unternehmerischen Belange und Ziele im Einvernehmen mit den Gewerkschaften umzusetzen.

In 975 Metallbetrieben wurden seither zwischen der IG Metall und den Unternehmensleitungen Vereinbarungen nach dem Pforzheimer Modell geschlossen. Die gewerkschaftliche Bilanz sieht nach drei Jahren verheerend aus. Der Flächentarif wurde zu einem »Schweizer Käse«, dessen Löcher seine Schutzfunktion immer stärker untergraben. Den Anfang machte damals die, in die Krise geratene, Handysparte von Siemens. An deren Ende stand nicht nur der Verzicht auf den Flächentarifvertrag, sondern Ende 2006 die Vernichtung aller Arbeitsplätze bei BenQ, die man durch die Preisgabe des Tarifes zu erhalten gehofft hatte.

Eine Grenze nach unten gibt es bei einer solchen tarifpolitischen Taktik kaum. Dies wird deutlich, schaut man sich die Vereinbarungen als auch die Verlautbarungen der IG Metall genauer an. Im Juni 2006 erschien die Dokumentation des AEG-Streiks in Nürnberg. Frank Iwer von der Tarifabteilung der IGM schrieb darin: »Für uns gelten die mit dem Pforzheimer Tarifvertrag verabredeten Regeln: Wir machen keine Regelungen mit, die nur der Erreichung einer Zielrendite dienen. Vereinbarungen mit der IG Metall gibt es nur dann, wenn damit ein Gesamtkonzept einschließlich der Zusage von Produkten, Investitionen und Beschäftigung abgesichert werden kann. Beiträge der Belegschaft müssen wirklich erforderlich und zeitlich begrenzt sein. [...] Und: Beiträge der Belegschaft müssen auch vom Volumen her angemessen und erträglich bleiben.«

Die bei BSH geschlossene Vereinbarung entspricht diesen Regeln nicht. Weder ist der Verzicht »zeitlich begrenzt« noch gibt es Gesamtkonzept, bei dem »Produkte, Investitionen und Beschäftigung abgesichert werden«. Alle Beteiligten wissen, dass mit dem Kompromiss der Schließungsbeschluss allenfalls für drei Jahre aufgeschoben wurde. Der reduzierten Belegschaft steht dann, unter noch schlechteren Ausgangsbedingungen, die nächste Auseinandersetzung bevor. Würde die IG Metall die von Frank Iwer postulierten Regeln ernst nehmen, hätte sie der Vereinbarung bei BSH nicht zustimmen dürfen. Deren Ablehnung durch die Streikenden zeugt von mehr gewerkschaftlicher Standhaftigkeit als das Verhalten des zuständigen IGM-Sekretärs, der Bezirksleitung und des Vorstandes in Frankfurt.

Die seit Pforzheim abgeschlossenen betrieblichen Vereinbarungen belegen: Das Unternehmerlager bedient sich der IG Metall, um ihre Interessen gegenüber den Beschäftigten durchzusetzen. Die Belegschaft von BSH hat dagegen rebellierte und die Frage aufgeworfen: Sollen die Gewerkschaften ein Instrument zur Aufrechterhaltung von Sozialpartnerschaft und sozialem Frieden sein oder Kampforganisation der abhängig Beschäftigten. Die BSH-Belegschaft scheiterte nicht nur an der Übermacht des Konzerns sondern auch am gewerkschaftlichen Apparat und dessen Eigeninteressen. Ihr Beispiel soll nach dem Willen des Vorstandes in der IG Metall nicht Schule machen. Aber nur wenn auch andere Belegschaften zahlreich einem solchen Beispiel folgen, kann es gelingen, die Gewerkschaften wenigstens zu einer Korrektur ihres tarifpolitischen Kurses zu zwingen.

Berlin, 20. Januar 2007 ■



■ ANHANG 3

Marktführer BSH

Der Streit um das Berliner Werk von BSH (Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH) spielt sich in einem international aufgestellten Unternehmen ab, dem es sehr gut geht. Der **Umsatz** lag 2005 bei 7,3 Milliarden Euro. Das war eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von sieben Prozent. Der **Gewinn** vor Steuern in Höhe von 500 Millionen Euro lag in etwa auf Vorjahresniveau. In Deutschland und Europa sieht sich BSH als die Nummer Eins für Hausgeräte. Neben Electrolux und Whirlpool gehört BSH auch weltweit zu den Marktführern.

BSH wurde **1967** als Joint Venture zwischen der Robert Bosch GmbH (Stuttgart) und der Siemens AG (Berlin und München) gegründet. Damals gehörten zum Unternehmen drei Werke, die alle in Deutschland lagen. Eines der drei Werke, die den späteren weltweiten Erfolg von BSH begründeten, war das Berliner Waschmaschinenwerk.

In den vergangenen Jahren ist BSH rasant gewachsen. Zum Unternehmen gehören heute **43 Fabriken** in 15 Ländern in Europa, USA, Lateinamerika und Asien. Zusammen mit den Vertriebs- und Service-Gesellschaften sind heute über 70 Gesellschaften in 44 Ländern mit mehr als 35.500 Mitarbeitern für BSH tätig. Die Konzernzentrale befindet sich in **München**, 1500 Beschäftigte sind dort angestellt. In Deutschland insgesamt arbeiten rund 14.000 Menschen für BSH.

Neben den Waschmaschinenwerken in Berlin und Nauen unterhält BSH in Deutschland fünf weitere **Fertigungsstandorte**: Bad Neustadt/Saale (Bayern): Staubsauger; Dillingen (Bayern): Geschirrspüler; Traunreut (Bayern): Herde; Bretten (Baden-Württemberg): Herde; Giengen (Baden-Württemberg): Kühlschränke.

In Deutschland ist BSH vor allem mit den bekannten **Markennamen** Bosch und Siemens vertreten. Aber auch andere bekannte Markenprodukte wie Einbauküchen von Gaggenau, Waschmaschinen von Constructa oder Elektroherde von Neff gehören zum Konzern. Zum Auslandsgeschäft tragen auch regionale Marken bei, etwa Balay in Spanien, Profilo in der Türkei oder Continental in Brasilien.

Der Umsatz legte zwischen den Jahren 2001 und 2005 von 6,1 auf 7,3 Milliarden Euro zu, das ist ein Zuwachs von 20 Prozent. Die Personalkosten stiegen im gleichen Zeitraum nur um 4,9 Prozent an. Der Auslandsumsatzanteil der BSH beträgt mittlerweile 78 Prozent. Nach Unternehmensangaben finden noch knapp 50 Prozent der weltweiten Wertschöpfung in Deutschland statt. Durch steigende Investitionen in ausländische Werke wird dieser Anteil weiter sinken.

Das Jahr **2006** ist erfolgreich angelaufen. Im August zeigte sich BSH-Chef Kurt-Ludwig Gutberlet über den Geschäftsverlauf im ersten Halbjahr sehr zufrieden. Im Ausland wird weiter kräftig expandiert. 2005 hatte BSH Tochterfirmen in der Ukraine, in Kanada und Malaysia gegründet. Die

Fertigungskapazitäten in der Türkei und in den USA wurden ausgebaut, in Polen wurde eine Trocknerfabrik aufgebaut.

Auch in **Deutschland** lief es zuletzt rund, BSH wuchs schneller als die Konkurrenz. Während der Gesamtmarkt in Deutschland um 4,8 Prozent zulegte, steigerte BSH den Umsatz um 15 Prozent. Nach eigenen Angaben hat BSH damit den Marktanteil bei Hausgeräten auf fast 40 Prozent ausgebaut. Für das Gesamtjahr 2006 rechnet BSH weiterhin mit einem guten Geschäft. Wie im Vorjahr erwartet die Konzernleitung ein weltweites Umsatzwachstum von gut sieben Prozent.

Wettbewerb der Standorte

In der **Berliner Fabrik** auf der Halbinsel Gartenfeld in Spandau werden bereits seit 1953 Waschmaschinen und Wäschetrockner gefertigt. Seit der Gründung von BSH gehört das Werk zu dem Joint Venture von Bosch und Siemens. In den Achtzigerjahren waren hier noch über 3000 Mitarbeiter beschäftigt, heute noch 1050. Die knapp 600 Mitarbeiter in der Produktion sind direkt von den Schließungsplänen betroffen.

Daneben sind in Berlin wichtige Service-Abteilungen für den Bereich Wäschepflege angesiedelt: **Entwicklung**, **Controlling**, **Qualitätsmanagement**, **Einkauf** und **Informationstechnologie**. Außerdem

stehen in Berlin das Regionallager Nord für Fertigergeräte und ein Lieferzentrum zum weltweiten Versand. Die rund 450 Arbeitsplätze sind von den Schließungsplänen nicht direkt betroffen. Aber aus

betriebswirtschaftlicher Sicht ist eine dauerhafte Trennung der Entwicklungs- und Produktionsstätten nicht sinnvoll. Ist die Produktion in Berlin beendet, ist es wohl nur eine Frage der Zeit, bis auch die Entwicklung an einen anderen Standort geht.

[...] Systematisch wurde seit Jahren nicht mehr in den Standort Berlin investiert, jüngere Werke sind dadurch mit modernerer Technik ausgestattet. Durch **Produktionsverlagerungen** etwa nach Polen wurden die Stückzahlen für die Berliner Fabrik schon zuvor bis an die Grenze der Wirtschaftlichkeit heruntergefahren. Wurden Mitte der Neunzigerjahre noch anderthalb Millionen Waschmaschinen jährlich gebaut, waren es zuletzt keine 500.000 mehr.

Das Werk im 35 Kilometer von Berlin entfernten **Nauen** produziert seit 1994 ebenfalls Waschmaschinen und Trockner. Es ist das einzige nichttarifgebundene deutsche Werk von BSH. Hier gilt die 43-Stunden-Woche, es gibt keine Zulagen und die Löhne sind niedriger. Trotz dieser Kostenvorteile gegenüber anderen deutschen Standorten werden aber

auch in Nauen Arbeitsplätze abgebaut. Zwischen 2000 und 2004 sank die Zahl der Beschäftigten von 730 auf 580. Und der Abbau geht weiter: Durch die Verlagerung der Wäschetrockner-Produktion nach Polen sinkt die Zahl der Stellen um weitere 250 auf 330.

Nur durch die Verlagerung der Waschmaschinenproduktion habe das Werk in Nauen überhaupt noch eine Zukunft, so die Konzernleitung. Für die neue Produktlinie in Nauen sollen rund 90 Millionen Euro investiert werden. BSH hat dafür in Brandenburg 2005 öffentliche **Fördergelder** in Höhe von fünf Millionen Euro beantragt, die auch bewilligt wurden und nun Stück für Stück ausbezahlt werden. In Nauen sollen 50 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Das ist nur ein Bruchteil der fast 600 Arbeitsplätze, die zugleich in Berlin gestrichen werden sollen.

Die anderen europäischen Waschmaschinenwerke können noch günstiger als Nauen produzieren. Das gilt vor allem für den polnischen Standort **Lodz** und das türkische **Çerkezköy**. Auch das spanische Werk in **La Cartuja**, das vor allem westeuropäische Märkte beliefert, produziert nach BSH-Angaben zu geringeren Kosten als die deutschen Fabriken. Weltweit ist das Waschmaschinenwerk im chinesischen **Wuxi** in Sachen Billiglohn allerdings nicht zu schlagen.

aus einem leicht gekürzten Dossier der IG Metall ■

Die Spandauer Belegschaft

Die Kolleginnen und Kollegen in der Waschmaschinenproduktion sind eine bunte Truppe. Über die Hälfte stammen aus der Türkei und nur ca. 15 Prozent sind deutscher Abstammung. Der Rest der Belegschaft verteilt sich nach seiner Herkunft auf das ehemalige Jugoslawien, auf Polen, Vietnam, Ghana usw. Der Betriebsrat und der gewerkschaftliche Vertrauenskörper werden dominiert von KollegInnen türkischer und deutscher Abstammung.

Es ist nicht leicht, aus einer Belegschaft mit so unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen eine gemeinsame Streikfront zu bilden. Der Ausstand hat dazu beigetragen, sich besser kennen zu lernen. Aus dem Nebeneinander im betrieblichen Alltag wurde während des Ausstandes ein Miteinander, das die Belegschaft auch versuchte im öffentlichen Auftreten sichtbar zu machen. So wurde u.a. darauf geachtet, dass in der Reisegruppe diese Vielfalt vertreten war. Internationale Solidarität statt nationaler Standortlogik, unter diesem Motto fand auch eine Veranstaltung mit Gewerkschaftskollegen von BSH-Standorten aus Polen und der Türkei statt.

Berlin, 2. Februar 2007 ■



Der Arbeitskampf bei BSH: Eine Chronik

Wir versuchen uns in der Chronik auf einen knappen zeitlichen Überblick zu beschränken. Nur für das Streikgeschehen wichtige Ereignisse und Beiträge stellen wir ausführlicher dar, soweit nicht bereits in der Einschätzung darauf eingegangen wurde.

Mai 2005

Am 4. Mai unterrichtet die BSH-Geschäftsführung erstmals offiziell über die beabsichtigte Stilllegung der Produktion zum Ende des Jahres 2006. Der Betriebsrat schlägt Gespräche zur Kostensenkung vor, mit dem die Arbeitsplätze erhalten werden sollen. Neben Mehrarbeit könne dies durch flexiblere Arbeitszeiten sowie den Verzicht auf übertarifliche Leistungen erreicht werden.

Mit Warnstreiks und Protestaktionen bereitet sich die Belegschaft zugleich auf einen möglichen Ausstand vor. Am 12. Mai findet nach einer Demonstration vom Werksgelände zur Berliner Siemens-Zentrale eine Kundgebung statt, am 19. des Monats folgt ein Autokorso zum Roten Rathaus. Höhepunkt der Aktivitäten bildet der Aktionstag am 22. Mai. 2.000 Kolleginnen und Kollegen aus anderen Siemens-Betrieben aber auch von DaimlerChrysler, BMW oder Otis beteiligen sich an einer Kundgebung vor dem BSH-Werkstor.

Am 31. Mai sagt BSH-Chef Kurt-Ludwig Gutberlet die Bilanzpressekonferenz in München ab, nachdem eine Delegation der Belegschaft zur BSH-Zentrale gereist war. »Anscheinend traut sich das Unternehmen nicht, einen saten Gewinn bekannt zu geben, wenn es gleichzeitig hunderte Mitarbeiter entlassen will«, so der Betriebsratsvorsitzende Güngör Demirci.

August 2005

Am 30. August verkündet BSH einen Kurswechsel. Man wolle nicht mehr über die Stilllegung sondern über eine Fortführung der Produktion verhandeln. Wegen der »unzumutbar hohen Forderungen des Betriebsrates« könne man sich nicht auf einen Sozialplan einigen. Die kurzfristige Schließung des Werkes koste mehr als dessen Weiterführung. Über die wirklichen Hintergründe schweigt BSH. Wahrscheinlich fürchtete Siemens, dass eine hohe Sozialplanregelung zum Vorbild für andere Unternehmensbereiche werden könne. Zugleich hatte der Bundestagswahlkampf begonnen und der Siemens-Aufsichtsratsvorsitzenden Pierch war in das Kompetenzteam von Angelika Merkel berufen worden. Ein Arbeitskampf für den Erhalt von Arbeitsplätzen passte nicht in die politische Landschaft eines Wahlkampfes. Ein weiterer Grund dürfte gewesen sein, dass zahlreiche Vorprodukte für andere Niederlassungen noch in Spandau produziert wurden. Vor einem möglichen Arbeitskampf wollte die BSH-Führung deren Folgewirkungen reduzieren.

Juli 2006

Nachdem der Streik um den Erhalt der Baumaschinenproduktion bei CNH beendet wurde, legt Werksleiter Günther Meier ein Teilfortführungskonzept vor. 270 MitarbeiterInnen sollen entlassen werden, die verbliebenen 300 jährlich nur

noch 200.000 Waschmaschinen produzieren. Die Kostennachteile von 20 Millionen Euro gegenüber anderen BSH-Standorten solle zur Hälfte die Belegschaft tragen. Auf 23 Prozent Lohn müsse die Belegschaft verzichten.

August 2006

Auf einer betrieblichen Mitgliederversammlung der IG Metall wird eine 15-köpfige Streikleitung gewählt.

6. September 2006

Eine außerordentliche Betriebsversammlung beginnt. Sie dauert insgesamt drei Wochen und legt die Produktion in dieser Zeit lahm. Die Betriebsversammlung soll nicht nur Druck bei den laufenden Verhandlungen machen; sie ist zugleich Vorbereitung und Schulung für den geplanten Arbeitskampf. Alle mit einer Werkschließung verbundenen Themen werden ausführlich behandelt und diskutiert. Dazu gehören u.a.:

- Die ausführliche Beschäftigung mit und Widerlegung der durch die Geschäftsleitung vorgetragenen wirtschaftlichen Argumente für eine Stilllegung
- Funktion und Arbeitsweise von Übergangsgesellschaften – so auch die neueste Anweisung der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit, wonach das zukünftige Arbeitslosengeld I nicht mehr nach den letzten regulären Monatslöhnen sondern nach dem Verdienst bei der Übergangsgesellschaft berechnet wird. Es wird in der Regel also entsprechend niedriger (15 Prozent) ausfallen.
- Ausführlich stellt ein Vertreter der Erwerbsloseninitiativen die Auswirkungen von Hartz IV vor. Der gespannten Stille während seiner Ausführungen folgt Empörung (»Das ist ja die Verklavung der Arbeitslosen«) sowie zahlreiche Nachfragen und Diskussionsbeiträge.

Ein Betriebsratskollege aus München berichtet über die Streikerfahrungen bei Infineon auf der Betriebsversammlung bei BSH.





19. September, 5.00 Uhr: Der BR-Vorsitzende Günggör Dermirci gibt das Scheitern der Verhandlungen bekannt.

- Ein Betriebsratsmitglied aus München berichtet vom Streik der Infinion-Belegschaft. Betriebsräte aus Berliner Betrieben machen der Versammlung Mut für die kommende Auseinandersetzung und sagen ihre Unterstützung zu.
- Dokumentationen von Arbeitskämpfen aus Deutschland aber auch beispielsweise aus Mexiko werden auf der Betriebsversammlung gezeigt.
- Der Vorschlag für einen »Marsch der Solidarität« wird auf der Betriebsversammlung präsentiert, diskutiert und beschlossen.

15. September 2006

Die Geschäftsleitung versucht Waschmaschinen und Produktionsmittel (Messgeräte aus dem Bereich Entwicklung und Wäschepflege) vom Werksgelände schaffen zu lassen. Die Belegschaft reagiert umgehend. Die Werkstore werden besetzt. Bis zum Ende des Arbeitskampfes verhindern sie, dass fertige Produkte oder Produktionsmittel weggeschafft werden. Fünf Wochen lang hat nicht mehr die Geschäftsleitung sondern die Belegschaft die Kontrolle darüber, wer und was das Werksgelände verlässt.

19. September 2006

Die Gespräche zwischen Betriebsrat, IG Metall und BSH sind in den frühen Morgenstunden gescheitert. Den Erhalt von 411 Arbeitsplätzen und eine Garantie von fünf Jahren hatte der Betriebsrat zuletzt gefordert und zugleich einen Beitrag der Belegschaft von jährlich 7,5 Millionen angeboten. Die Geschäftsleitung war nur bereit, eine Garantie von drei Jahren zu gewähren und beharrte auf den 10 Millionen Euro als jährliche Gegenleistung der Belegschaft. Betriebsrat und IG Metall vermuteten, dass die Verhandlungen der BSH-Geschäftsleitung nur als Vorwand dienen sollten, um die Schließung in der Öffentlichkeit mit der »starrten Haltung« von BR und IGM rechtfertigen zu können.

Die Tarifkommission stimmt über das Scheitern der Verhandlungen ab. Unmittelbar danach beginnt die Urabstimmung. 95 Prozent votieren für einen unbefristeten Streik.

25. September 2006 – 1. Streiktag

Der Ausstand beginnt. In den vormittags stattfindenden Sitzungen der betrieblichen Streikleitung werden die Schichtpläne der Streikposten erstellt, der Verlauf des Streiks diskutiert und Aktionen beschlossen sowie die tägliche Streikversammlung vorbereitet. Das Streikzelt wird zum Zentrum des Alltags für die Belegschaft. Eine Gruppe von Kolleginnen sorgt für Getränke und ein tägliches warmes Essen. Zugleich

wird das Zelt zum Anlaufpunkt für alle, die die Belegschaft im Ausstand unterstützen wollen. Schülerinnen und Schüler (u.a. aus der nahe gelegenen Berufsschule für die Bauwirtschaft), Betriebsräte und Vertrauensleute anderer Berliner Betriebe aber auch zahlreiche Politiker besuchen das Streikzelt im Laufe der nächsten Wochen. Die Anwesenheit von Journalisten und Fernsehteams nimmt zu, je stärker der Siemens-Vorstand unter öffentlichen Druck gerät.

26. September 2006 – 2. Streiktag

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von BSH aus München besucht das Streikzelt.

27. September 2006 – 3. Streiktag

Eine große Gruppe Auszubildender des Oberstufenzentrums Bautechnik besuchte mit ihrem Lehrer Lutz Gerhard gestern unseren Streik. Die zukünftigen Gas- Wasser-Installateure machten hier praktischen Unterricht vor Ort. Sie werden im nächsten Jahr auslernen und dann nach einem Ausbildungsplatz suchen müssen. Ihr Lehrer wollte ihnen zeigen, dass es Menschen gibt, die sich wehren können und überbrachte die Solidaritätsgrüße auch von vielen gewerkschaftlich organisierten Pädagogen. Anschließend ergriffen zwei Azubis noch selbst das Wort. Einer der jungen Kollegen meinte: *»Hier sollte viel mehr Unterstützung kommen auch seitens der Leute, die einen Arbeitsplatz haben. Eigentlich sollten sich alle an die Hand fassen und hier hinstellen und sich wehren.«* (aus Streikzeitung Nr. 4)

28. September 2006 – 4. Streiktag

Klaus Ernst, 1. Bevollmächtigter der IGM Verwaltungsstelle Schweinfurt sowie Mitglied im Vorstand der WASG hält eine mit viel Aufmerksamkeit und Beifall bedachte Rede. Dabei greift er vor allem auf die Erfahrungen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit zurück:

»Wir haben keinen wirksamen Kündigungsschutz für Fälle wie bei BSH. Leute, die entlassen wurden, können danach vor Gericht klagen und schauen, ob sie vielleicht eine Abfindung bekommen. Wir müssen politisch dafür eintreten – möglicherweise mit einem Streik, der über BSH hinausgeht – dass der Kündigungsschutz verbessert wird. Nur bei uns geht es seit langem in die andere Richtung.

Ich erinnere an Frankreich. Dort gibt es die gleiche Debatte wie bei uns. Dort ging es ebenfalls um die Aufweichung des Kündigungsschutzes – nicht für alle, sondern zunächst für die Jungen Menschen. Das Gesetz ist nie in Kraft getreten. Die Alten und die Jungen haben gemeinsam verhindert, dass der



5. Oktober 2006: Aufbruch zum Marsch der Solidarität, nicht wohl in ihrer Haut fühlen sich die prominenten Unterstützer

Kündigungsschutz verschlechtert wurde. Das, was die Franzosen können, das müssen wir doch auch können. (Großer, lang anhaltender Beifall) Unter den gegebenen Rechtsverhältnissen kann die Arbeitgeberseite sagen: Wir machen das Werk dicht. Das Gesetz unterscheidet nicht, ob es sich bei den Verfügungsrechten um eine Armbanduhr oder einen Betrieb handelt. Da kann der Unternehmer entscheiden, wie er Lust hat. Es gibt gegenwärtig kein Recht, das ihn daran hindert. Aber das müssen wir schaffen.

Im Grundgesetz heißt es: Der Gebrauch des Eigentums soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Euer Arbeitgeber – und einige andere auch – halten sich nicht mehr daran. Das sind Verfassungsfeinde.

Das, was wir hier tun, ist ein Vehikel. Wir wollen keine höhere Abfindung; wir wollen eigentlich unsere Arbeitsplätze erhalten. Doch nach unserer gegenwärtigen Rechtslage gibt es keine andere Möglichkeit, als diesen Umweg über einen Sozialtarifvertrag zu wählen. Das zeigt, wie das Rechtssystem mit uns Arbeitnehmern umspringt. Erstens muss man hinnehmen, dass man entlassen wird, weil man keinen ausreichenden Kündigungsschutz gibt. Und zweitens darf man sich ja nicht mal dagegen wehren. Da ist dann der Sozialtarifvertrag eine Möglichkeit diesem Dilemma zu entgehen. Aber um das Problem insgesamt zu lösen brauchen wir ein erweitertes Streikrecht. Es ist nicht zu akzeptieren, dass wir auch noch fragen müssen, ob wir unsere Arbeit niederlegen dürfen, wenn sie uns die Gurgel zudrücken.«

(aus Streikzeitung Nr. 5)

29. September 2006 – 5. Streiktag

Die Geschäftsleitung verwehrt dem Betriebsrat den Zutritt zum Werksgelände. Mit einer einstweiligen Verfügung muss der seine Rechte durchsetzen. 20 KollegInnen statten dem Werk in Nauen einen spontanen Besuch ab. Sie verteilen dort Flugblätter und berichten, dass Streikbrecher aus dem Spandauer Werk dort eingesetzt werden, die mit einem Taxidienst vom Bahnhof zum Werksgelände gebracht werden. Auf der Streikversammlung treten Gysi (Fraktionsvorsitzender der Linkspartei im Bundestag) und Momper (Parlamentspräsident Berliner Abgeordnetenhaus, SPD) auf.

30. September 2006 – 6. Streiktag

Die Belegschaft veranstaltet ein Streik- und Kinderfest, zu dem auch die Familienangehörigen erscheinen.

2. Oktober 2006 – 8. Streiktag

Petra Pau (Linkspartei) redet zu den Streikenden. Am Abend endet die Montagsdemonstration der MLPD im Streikzelt; das Interesse der Belegschaft ist gering.

4. Oktober 2006 – 10. Streiktag

Vor der Gedächtniskirche versucht die Belegschaft in der Berliner Öffentlichkeit für ihren Arbeitskampf zu werben. Unter dem Motto: »Die Hauptstadt ohne Waschmaschinenproduktion – Waschen wie vor 100 Jahren« rücken die Kolleginnen mit Bottichen und Waschbrettern an.

5. Oktober 2006 – 11. Streiktag

Der »Marsch der Solidarität« beginnt. Es beteiligen sich, neben Abordnungen Berliner Betriebe (Betriebsräte und Vertrauensleute), auch gewerkschaftliche und politische Prominenz, u.a. der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, der Bürgermeister Klaus Wowereit, Wirtschaftsminister Harald Wolf, sowie Petra Pau und Gregor Gysi. Nach einer Auftaktkundgebung führt die erste Etappe durch Spandau zum Stadtrand. Von dort fahren 250 Kolleginnen und Kollegen nach Nauen.

Die Niederlassung in Nauen wird von Mittag bis Mitternacht blockiert. LKWs werden weder auf noch vom Betriebsgelände gelassen. So hofft man die Logistik von BSH zu stören, denn ein Lager für Waschmaschinen als auch Vorprodukte gibt es in Nauen nicht. Die produzierten Maschinen werden unmittelbar nach der Produktion abtransportiert. Die Polizei greift nicht ein, denn es gibt eine Vereinbarung mit der Geschäftsleitung. BSH bzw. Siemens will wegen seines ramponierten Images nicht durch einen Polizeieinsatz in die Schlagzeilen.

Die Belegschaft in Nauen reagiert abweisend. Nur vereinzelt trauen sich KollegInnen ihre Sympathie versteckt zu signalisieren – mit einer Ausnahme. »Großen Beifall erhielt Klaus Mertens, IG Metalller und Betriebsratsmitglied, für seine couragierte Rede. Er berichtete, dass im Nauener Werk mit-

terweile 200 gewerbliche Mitarbeiter – als Leiharbeiter oder mit befristeten Verträgen – beschäftigt sind, die mit Stundenlöhnen von 5,30 bis 5,60 Euro abgespeist werden. Die Mehrheit im Nauener Betriebsrat kann sich bis heute nicht entschließen, mit der IG Metall dagegen vorzugehen. Klaus Mertens machte auch deutlich, dass die im Betrieb kursierenden Parolen, ‚die Berliner haben uns auch nicht unterstützt – jetzt sollen sie nicht kommen‘, frei erfunden sind.«

(aus Streikzeitung Nr. 8)

Mit dem Besuch in Nauen wurde deutlich, die »gewerkschaftsfreie Zone« innerhalb des BSH-Konzerns beginnt nicht an der polnischen oder türkischen Grenze, sondern 30 km von Berlin entfernt. Die Niederlassung in Brandenburg ist der einzige nicht tarifgebundene Standort in Deutschland. Kaum jemand traut sich noch, im Betrieb gewerkschaftlich aktiv zu werden. BSH ist nicht die Ausnahme sondern die Regel in den neuen Bundesländern.

6. Oktober 2006 – 12. Streiktag

Besuch der Stahlwerke in Eisenhüttenstadt, einer der Ausnahmen, was die gewerkschaftliche Aktivität betrifft.

»Im jetzigen ACELOR-Stahlwerk in Eisenhüttenstadt werden Bleche für die Produktion der Waschmaschinen bei uns in Spandau hergestellt. Deshalb gibt es schon seit längerer Zeit enge Kontakte zu den gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretern des Stahlwerkes. Es lag also Nahe, auf unserem Marsch einen Abstecher dorthin zu machen. Eine richtige Entscheidung: Unser Besuch war ein voller Erfolg. Die Kolleginnen und Kollegen berichteten über ihre Kampferfahrungen zum Erhalt des Standortes in den 90er Jahren. Wir waren beeindruckt – »Hut ab« vor einer derartigen Ge- und Entschlossenheit. Wir können in unserer Auseinandersetzung auf die Unterstützung der Stahlarbeiter in Eisenhüttenstadt bauen. Sie werden zahlreich zur Kundgebung nach München kommen. Und falls wir zwischendurch ihre Hilfe in Berlin benötigen (Brennholz für die Feuertonnen oder Verstärkung der Streikposten): Wir können uns jederzeit melden.«

(aus Streikzeitung Nr. 5)

7. Oktober 2006 – 13. Streiktag

Etwa 200 KollegInnen fahren nach Leipzig. Dort soll es eine gewerkschaftliche Aktion gegen die Gesundheitsreform geben. Die Aktion ist eine Podiumsdiskussion mit örtlichen Vertretern der Gewerkschaften und der AOK auf dem Marktplatz vor der Nicolai-Kirche. Wäre nicht ein Teil der BSH-Belegschaft angereist, die Zahl der Zuhörer hätte wohl die der Diskutanten kaum überschritten. Ohne den Empfang in der Nicolai-Kirche durch Pfarrer Christian Führer wäre die Fahrt ein Reinfall geworden. Die Stimmung und die eindeutige Stellungnahme des Pfarrers sowie sein Bericht über die Geschichte der Montagsdemonstrationen (von 1989 bis zu den Demonstrationen gegen Hartz IV) hat viele KollegInnen beeindruckt.

8. Oktober 2006 – 14. Streiktag

Die Reisegruppe nutzt den freien Tag nicht nur zur Besichtigung der Dresdner Altstadt, sondern verteilt dort auch Flugblätter. Die Reaktion ist zwiespältig; die Verteiler ernten nicht nur Zustimmung, sondern müssen sich auch mit ausländergefeindlichen Einstellungen und rechten Skins auseinandersetzen.

9. Oktober 2006 – 15. Streiktag

Kundgebung von dem Werk von Bosch Buderus Thermotechnik in Neunkirchen.

10. Oktober 2006 – 16. Streiktag

Besuch von Miele in Bielefeld.

11. Oktober 2006 – 17. Streiktag

Mehrere Busse aus Berlin fahren nach Nürnberg. Dort findet vor dem AEG-Werk eine gemeinsame Kundgebung statt. Die AEG-Belegschaft legt die Arbeit nieder und erscheint geschlossen.

12. Oktober 2006 – 18. Streiktag

Einer der politischen und emotionalen Höhepunkte bildet die Aktion in Kamp-Lintfort. Der Demonstrationzug der

5. Oktober 2006: Das Nauener Werk ist über 12 Stunden für LKWs blockiert.



BSH-Kollegen wird von ErzieherInnen und Kindern aus Tagesstätten begleitet. Vor dem Rathaus werden sie empfangen von Mitarbeitern der Feuerwehr der Müllabfuhr, auch hunderte Auszubildender aus der nahe gelegenen Zeche haben sich versammelt. Die Stimmung in der Reisegruppe und der Belegschaft ist nach der großen Zustimmung in Nürnberg und Kamp-Lintfort gestiegen.

13. Oktober 2006 – 19. Streiktag

Das Arbeitsgericht verhandelt über den BSH-Antrag auf eine einstweilige Verfügung. Die freie Zu- und Abfahrt auf das Betriebsgelände soll juristisch erzwungen werden. Das Ergebnis: IG Metall und BSH einigen sich auf einen Vergleich. Eine Gasse für Streikbrecher soll freigehalten werden, bei Zuwiderhandlung gibt es Geldstrafen für die Gewerkschaft.

Internationale Solidarität der BSH-Standorte: Ausspielen der Belegschaften beenden

Im voll besetzten Streikzelt fand letzten Freitag eine Versammlung mit internationalen Gästen statt. [...] Eingeladen waren Gewerkschaftsvertreter der Standorte La Cartuja (Spanien), Lodz (Polen) und Cerkenköy (Türkei). Auf Grund der kurzfristigen Einladung konnten die spanischen Vertreter nicht kommen, haben uns jedoch eine Solidaritätserklärung geschickt, die mit viel Beifall aufgenommen wurde. Mit großem, frenetischem Applaus begrüßt wurden die Gäste aus der Türkei und aus Polen: der Kollege Haslan Arslan von der DISK und der Kollege Tadeus Feliksinski von der Gewerkschaft Solidarnosc.

Türkei: Ausführlich informierte Haslan Arslan die streikenden Kollegen über die Situation in der Türkei. Seit 1997 gibt es dort ein Hausgerätewerk von BSH, das seinen Gewinn im letzten Jahr um 57 Prozent gesteigert hat. Die Löhne der Arbeiter, die dafür ihre Knochen hingehalten haben, sind beschämend. Dauerhaft Beschäftigte kommen auf einen Bruttomonatslohn von max. 680 Euro. Im Werk gibt es, mit der dort agierenden gelben Gewerkschaft, oft nur Zeitverträge. Diese Belegschaftsmitglieder müssen sich mit Löhnen zufrieden geben, die dem Mindestlohn entsprechen: Er liegt in der Türkei bei 380 Euro im Monat. Auch Stundenlöhne von 2,13 Euro sind keine Seltenheit. Der Disk-Kollege erläuterte an einem weiteren Beispiel, dass Bosch und Siemens auch Rechtsbrüche begehen. Auf der offiziellen Web-Präsentation des Unternehmens werden 3.000 Beschäftigte angegeben. Bei den Tarifverhandlungen konnte das Management

jedoch nur 2.326 legale Arbeitsverträge vorweisen. Die Lücke von fast 700 Beschäftigten füllen Leiharbeiter, die ohne Sozialversicherung arbeiten müssen. Haslan Arslan: »Egal ob in türkischen Betrieben oder in internationalen Konzernen. Die Unternehmer nützen sämtliche gesetzliche Lücken, um sich auf Kosten der Arbeitnehmer zu bereichern. Das ändert sich nur dann, wenn die Belegschaften beginnen, sich zu organisieren.« Haslan Arslan machte nach seinem Redebeitrag den Vorschlag, mit unserer Unterstützung im türkischen BSH-Werk Informationen über unseren Arbeitskampf zu verteilen.

Polen: Nach Auskunft des Kollegen Tadeus Feliksinski von der Gewerkschaft Solidarnosc, deren Mitgliederzahl seit 1990 stark gesunken ist, haben die BSH-Beschäftigten in Lodz zur Zeit keine gewerkschaftliche Vertretung. Folge: die Arbeitsbedingungen sind unzumutbar. Es herrschen innerhalb von Werksräumen Temperaturen, die zwischen 7 und 20 Grad schwanken, so dass Beschäftigte dadurch immer wieder erkranken und die Arbeitsorganisation durcheinander gerät. Versuche von Kolleginnen und Kollegen diese Situation durch gewerkschaftliche Organisation zu verbessern, werden von der Werksleitung massiv behindert. In Lodz verdienen die Menschen im Werk einen Hungerlohn von gerade 200 Euro im Monat. Es werden leiharbeiter eingesetzt, die teilweise von 7.00 bis 22.00 arbeiten müssen. Wer das nicht mitmachen will, fliegt sofort raus. Es gibt angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in dieser Region kaum Alternativen. Schließlich müssen die Menschen sich und ihre Familien irgendwie über Wasser halten. Während bei uns Kolleginnen und Kollegen Verschlechterungen oft daran spüren, dass Reisen nicht mehr drin sind, und das Auto die nächsten fünf Jahre seinen Dienst tun muss, geht's in Lodz um Existenzfragen: Habe ich genug Kohlen für den Winter, kann ich die Schulbücher für die Kleinen bezahlen etc.? Der polnische Kollege berichtete, dass eine Million Polen seit 1989 ihr Land verlassen haben in der Hoffnung, sich woanders eine Existenz aufbauen zu können. Der Gewerkschafter hofft, dass die Solidarnosc endlich im BSH-Werk in Lodz Fuß fassen kann. »So werden wir uns und dadurch auch euch helfen.«

(aus BSH-Streikzeitung Nr. 13)

14. Oktober 2006 – 20. Streiktag

Die BSH-Kollegen informieren mit Flugblättern in der Stuttgarter Innenstadt.

Internationale Zusammenarbeit: Begeistert empfangen die BSHler ihre Gewerkschaftsgäste aus der Türkei und aus Polen.





Leidenschaftliche Diskussionen über das weitere Vorgehen nach der 2. Urabstimmung

16. Oktober 2006 – 22. Streiktag

Aktion vor der Bosch-Zentrale in Stuttgart. In Berlin haben Streikleitung und IG Metall die Belegschaft aufgefordert, ab 6.00 Uhr möglichst zahlreich vor dem Werkstor zu erscheinen. Es soll verhindert werden, dass die Geschäftsleitung von BSH mit der einstweiligen Verfügung in der Tasche sich Zugang verschafft. Auch KollegInnen aus anderen Betrieben haben sich eingefunden. Die Geschäftsleitung lässt sich nicht blicken, sie nutzt die ihr nun juristisch offen stehenden Möglichkeiten nicht. Offensichtlich sind die Gespräche hinter den Kulissen schon so weit gediehen, dass die angestrebte Verhandlungslösung nicht durch eine Konfrontation vor dem Werkstor erschwert werden soll.

17. Oktober 2006 – 23. Streiktag

Die konkreten Verhandlungen werden aufgenommen. Die drei Mitglieder der Tarifkommission, die mit der Reisegruppe unterwegs sind, werden nach Berlin ausgeflogen. In den frühen Morgenstunden des 18. Oktober steht der Kompromiss, die Kundgebung in München wird abgesagt, der Reisebus von der IG Metall zurückbeordert.

18. Oktober 2006 – 24. Streiktag

Nachdem das Ergebnis bekannt wurde, bricht ein Sturm der Entrüstung los. In einer turbulenten Streikversammlung wird das Ergebnis diskutiert und kritisiert. Mittag beginnt die Urabstimmung.

19. Oktober 2006 – 25. Streiktag

Fortsetzung der Urabstimmung. Das Ergebnis: 67 Prozent lehnen die Vereinbarung ab. Die spontane Stimmung, den Streik weiterzuführen, führt nicht zu konkreten Aktionen. Die IG Metall wird aufgefordert, in Nachverhandlungen mit BSH zu treten. Die Bezirksleitung lehnt dies ab und droht mit dem Entzug jeglicher Unterstützung im Falle einer Fortsetzung des Streiks.

20. Oktober 2006 – 26. Streiktag

Das seit über einer Woche geplante Büffet für die Belegschaft und die Unterstützer wird zum Abschieds-/Beerdigungsfest des Streiks. Die politische Prominenz (u.a. Wowereit, Wolf, Gysi) verteidigt in ihren Reden die abgeschlossene Vereinbarung.

21. Oktober 2006 – 27. Streiktag

KollegInnen von BSH beteiligen sich an der DGB-Demo und versuchen, auf ihren Streik und den innergewerkschaftlichen Konflikt aufmerksam zu machen. Die Beteiligung ist allerdings nicht sehr groß, das Ergebnis und sein Zustandekommen noch lange nicht verdaut.

Hamburg: „Jour fixe“ der Gewerkschaftslinken beschäftigt sich mit dem BSH-Konflikt

Am Freitag, den 8. Dezember, trafen sich etwa 40 Menschen in den Räumen eines iranischen Bildungsvereins. Dieser hatte ausgeholfen, weil der Einladener, der „Jour fixe“ der Gewerkschaftslinken in Hamburg, für den Freitagabend sonst keinen Raum hatte. Normalerweise trifft man sich mittwochs im Curio-Haus der GEW.

Die Anzahl 40 war nicht schlecht, aber es gab schon Abende mit mehr Besuchern, zudem waren noch Gäste aus Bremen und Braunschweig gekommen. Vor Daimler in Hamburg hatten einige frühmorgens Einladungen verteilt, aber gekommen war (natürlich?) keiner. Die stille Hoffnung, dass auch einige IG-Metaller kommen würden außer denen, die regelmäßig da sind, erfüllte sich nicht. Das Thema BSH wurde also als nicht so brisant angesehen, dass nun auch jeder kam und noch andere mitbrachte. Vielleicht lag's auch am Freitagabend, den nicht jeder Gewerkschaftslinken opfern will.

Aus Berlin waren drei Kollegen gekommen, davon einer von BSH direkt, dazu der Filmemacher und der Redakteur des Streikinfos. Ihr Bericht vom Kampf um die Arbeitsplätze war interessant und sehr anschaulich.

Die Diskussion dagegen verlief eher schwierig und diffus. Die Beiträge reichten vom Fehlen einer revolutionären Partei bis zu der Ansicht, angesichts des Ergebnisses müsse man sich doch überlegen, ob man als Belegschaft nicht lieber geschlossen in die Arbeitslosigkeit gehen solle.

Was schwer, wenn überhaupt, herauszuarbeiten war, war zum einen, welche gewaltigen Schritte die Belegschaft in der kurzen Zeit gegangen war, und vor allem, dass sie mit dem „Marsch der Solidarität“ etwas Neues entdeckt hatte: eine Ausweitung und Politisierung ihres Kampfes.

Zum anderen fehlte auch teilweise ein Verständnis dafür, an welche objektiven Grenzen der Kampf einer einzelnen, und dazu noch relativ kleinen, Belegschaft stoßen muss, wenn sie nicht von außen, z.B. von der Gewerkschaftslinken oder von anderen Belegschaften unterstützt wird. Und dass darin eine Aufgabe gesehen werden muss, die darüber hinausgeht, sich auf gelegentlichen Treffs über Betriebskonflikte zu informieren.

Ein Dankschreiben einiger Kollegen aus dem „Jour fixe“-Kreis an die BSH-Kollegen, in dem auf die Bedeutung ihres Kampfes eingegangen wurde, wurde an alle TeilnehmerInnen verschickt, es kam aber keine Reaktion, weder positiv, noch negativ.

Orenstein & Koppel (CNH) – eine Berliner Traditionsfirma macht dicht

Freitag, 30. November 2006: Am letzten Arbeitstag verabschieden sich die CNH-Kolleginnen und Kollegen voneinander mit einem kurzen Umtrunk und einem kleinen Grill vor dem Werkstor. Damit endet die Geschichte des Berliner Traditionsunternehmens Orenstein & Koppel. Nur 22 Beschäftigte werden weiterhin in Spandau Grader zusammenbauen.

Die Kolleginnen und Kollegen hatten sich mit dem längsten Arbeitskampf in der Geschichte der Berliner Metallindustrie gegen die Verlagerung gewehrt. Vergebens: Nach über drei Monaten Streik war offensichtlich, dass die Kraft einer einzelnen Belegschaft nicht reicht, um einen Konzern wie FIAT zum Nachgeben zu zwingen. Es fehlte an praktischer Unterstützung von außen für den notwendigen politischen Druck, um eine solche Verlagerungsentscheidung abzuwehren.

Als im Juni 2006 die Einigung über die Bedingungen der Abwicklung erzielt war, verbreitete die IG Metall noch Hoffnung. Schließlich waren nicht nur Abfindungs- und Vorruhestandsregelungen sowie eine Übergangsgesellschaft vereinbart worden. Eine internationale Unternehmensberatungsgesellschaft, finanziert durch FIAT, sollte zusammen mit dem Betriebsrat, der IGM und dem Senat in den kommenden Monaten nach einem Investor für die Fortführung einer alternativen Produktion am Standort suchen.

Arno Hager, 1. Bevollmächtigter der IGM Berlin schrieb in der O&K-Streikdokumentation: *»Um eine Fortführung der Produktion bei CNH Berlin zu gewährleisten, muss ein verlässlicher Investor gefunden werden. Hierfür ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Politik (Senat von Berlin), IG Metall und Belegschaft erforderlich. [...] Der IG Metall kommt die Aufgabe zu, den Prozess positiv zu begleiten und die Auswahl eines Investors zu unterstützen. Dies ist über die Auswahl des Unternehmensberaters und die Kenntnis der industriellen Landschaft sicher gestellt. [...] Die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit als Verhandlungspartner muss stets gegeben sein. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Chancen für einen Neuanfang gegeben sind.«*

Fertig gedruckt und an die KollegInnen verteilt wurde die Dokumentation am letzten Arbeitstag. Da war schon längst klar, einen Neuanfang wird es nicht geben. Die »zweite Halbzeit« im Kampf um die Arbeitsplätze – von der die IG Metall so großspurig verkündet – hatte nicht stattgefunden. Während der 1. Bevollmächtigte mit der Zusammenarbeit von IG Metall, Unternehmen und Senat von Berlin beschäftigt war, blieb die Belegschaft auf sich allein gestellt. Gewerkschaftsvertreter ließen sich bei den Kolleginnen und Kollegen kaum noch blicken. Die Umsetzung der abgeschlossenen Vereinbarung zeigte zudem, mit welcher heißer Nadel sie gestrickt wurde, um den Streik zu beenden. Viele konkrete Fragen mussten in weiterer Konfrontation mit der Geschäftsleitung erst noch geklärt werden.

Die Stimmung in der Belegschaft war in den letzten Arbeitswochen geprägt durch Enttäuschung über das Ergebnis sowie Verbitterung und Wut auf die IG Metall. Die Chance, diesen langen Ausstand zur Stärkung der IG Metall zu nutzen, wurde verspielt. Dennoch haben einige KollegInnen häufig die Streikenden BSH'ler besucht und ihre Erfahrungen weiter gegeben.

Sieht man vom Vorwort Berthold Hubers und dem Beitrag Arno Hagers ab, so spiegeln sich in der Streikdokumentation sowie in der Ausstellung die Erfahrungen der O&K-Belegschaft wieder.

»Deswegen ist in unserer Zeit, die die Demokratie preist und die Verwirklichung der Menschenrechte fordert, das Verbot des Streiks um den Erhalt unserer Arbeitsplätze ein Skandal, ein Überbleibsel aus feudalen Zeiten. Jeder Unternehmer kann in aller Öffentlichkeit Arbeitsplätze und damit Existenzen von Menschen und Familien vernichten, wie er will. Das ist legal! Und der Kampf dagegen soll illegal sein? Nein, Kolleginnen und Kollegen, er ist vornehmstes Bürgerrecht! In anderen Ländern in Europa ist es auch so. Aber wir müssen uns das noch erstreiten. Und zwar mit Vorrang! Erst dann haben wir zumindest etwas in der Hand, womit wir uns wehren können.« (Constanze Lindemann, ver.di FB 08, auf der Ausstellungseröffnung)



Kollegen von O&K unterstützen die Kundgebung der BSH-Belegschaft vor dem Roten Rathaus

»Die Unternehmer greifen mit Unterstützung der Regierungen weltweit alle Standards der arbeitenden Bevölkerung an. Gesellschaftliches Eigentum wird in privates verwandelt. Die Lebensmöglichkeiten der Bevölkerung werden eingeschränkt, der Jugend die Perspektive geraubt. Was die CNH-KollegInnen erlebt haben ist die konkrete Form dieses politischen Angriffs. Ein politischer Angriff kann nur politisch abgewehrt werden.« (Rolf Becker ver.di FB 08, auf der Ausstellungseröffnung)

»Der Ausstand war notwendigerweise zugleich eine 107-tägige Belagerung des Werkgeländes. Wenn eine kleine Belegschaft sich das Recht auf Widerstand weder durch Drohungen der FIAT-Zentrale noch durch die Rechtsprechung nehmen ließ, welche Kraft könnten wir aufbringen, wenn nicht 400 sondern 400.000 oder 4 Millionen einem solchen Beispiel folgen würden?« (Andreas Hesse ver.di FB 08, auf der Ausstellungseröffnung)

Die BSH'ler haben aus diesen Erfahrungen gelernt und versucht mit ihrem »Marsch der Solidarität«, die Isolation zu durchbrechen. Belegschaften, die um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen müssen, können in Zukunft daran anknüpfen.

Berlin, 2. Februar 2007 ■